



Amtsberichte
der kantonalen Gerichte
über das Jahr 2005

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2005

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Kassationsgericht
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1. Personelles	4
2. Geschäftslast	6
3. Aufsichtstätigkeit	9
4. Fortbildung.....	10
5. Vernehmlassungen	10
6. Anwaltspatente	11
7. Rechtsagentenpatente.....	11
 Anhang: Tabellen zur Statistik	 12
1. Kantonsgericht, Handelsgericht, Anklagekammer und Anwaltskammer.....	12
2. Kreisgerichte	23
3. Arbeitsgericht	32
4. Haftrichter.....	33
5. Betreibungsverfahren	34
6. Verrichtungen der Vermittlerämter	35
7. Tätigkeit der Schlichtungsstellen	36
 Kassationsgericht.....	 37
 Verwaltungsgericht	 39
1. Verwaltungsgericht.....	39
2. Versicherungsgericht	46
3. Verwaltungsrekurskommission.....	49

**Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Amtsführung im Jahr 2005.

St.Gallen, im Februar 2006

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Die Präsidentin:
Dr. Martha Niquille-Eberle

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
Prof. Dr. Christoph Leuenberger

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

1. Personelles

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Auf das Ende der Amtsperiode im Mai 2005 trat Kantonsrichter lic. iur. Walter Siegwart von seinem Amt zurück. Walter Siegwart trat im Jahr 1971 als Gerichtsschreiber in das damalige Bezirksgericht St.Gallen ein. Auf das Jahr 1973 wechselte er als Gerichtsschreiber an das Kantonsgericht, welche Funktion er bis 1980, seit 1977 auch als Gesamtgerichtsschreiber, inne hatte. Ab 1980 war er bis zu seiner Wahl zum Kantonsrichter im Jahr 1991 als freiberuflicher Rechtsanwalt tätig. In dieser Zeit amtierte er auch als Ersatzmitglied des Kassationsgerichtes und der Aufsichtskommission für Rechtsanwälte und Rechtsagenten. Am Kantonsgericht war er Mitglied der III. Zivilkammer, deren Präsident er von 1995 bis 1997 war. Daneben nahm er ab 1993 als Vizepräsident Einsitz im Handelsgericht und war von 1994 bis 2000 Vizepräsident der Anwaltskammer. Das Kantonsgericht präsierte er vom Juli 2003 bis zu seinem Rücktritt Ende Mai 2005. Für seine Tätigkeit in der st.gallischen Rechtsprechung gebührt lic. iur. Walter Siegwart der Dank und die Anerkennung der Öffentlichkeit.

Nachdem bereits ein auf Ende 2003 zurückgetretener Kantonsrichter nicht mehr ersetzt wurde, verzichtete der Kantonsrat auch nach dem Rücktritt von Kantonsrichter Siegwart auf eine Ersatzwahl. Dem Kantonsgericht gehören damit seit dem 1. Juni 2005 nur noch neun hauptamtliche Kantonsrichter an. Dies machte eine Neukonstituierung notwendig. Kantonsrichter lic. iur. Leo Lorenzi, langjähriges Mitglied der Strafkammer, wechselte vollumfänglich in die III. Zivilkammer. In den beiden grossen Kammern, Strafkammer und III. Zivilkammer, sind damit nur noch je drei Richter tätig. Bei Ferienabwesenheiten und in Ausstandsfällen müssen vermehrt Ersatzrichter oder einzelfallweise Mitglieder anderer Kammern beigezogen werden.

Nach dem Rücktritt von Ersatzrichter lic. iur. Walter Wagner wurde auf den 1. Juni 2005 neu Dr. Patrizia Adam-Allenspach als Ersatzrichterin gewählt. Schliesslich gab es auch am Handelsgericht erhebliche Veränderungen, da auf Ende Mai 2005 insgesamt sieben Handelsrichter altershalber zurücktraten und ersetzt werden mussten.

Auf den 1. Juni 2005 bewilligte der Kantonsrat dem Kantonsgericht zwei zusätzliche Gerichtsschreiberstellen. Nachdem zwei weitere Gerichtsschreiber das Kantonsgericht verliessen, eine Gerichtsschreiberin wurde zur Kreisgerichtspräsidentin gewählt und ein Gerichtsschreiber wechselte in die Advokatur, sowie ein Gerichtsschreiber einen Jahresurlaub bezog, waren im Laufe des Jahres insgesamt fünf Gerichtsschreiberstellen neu zu besetzen. Trotz erheblicher Veränderungen und Umstrukturierungen konnten die fünf Neugewählten, vier Gerichtsschreiberinnen und ein Gerichtsschreiber, schnell integriert werden. Die zum Teil entstandenen Vakanzen konnten dank der Flexibilität ver-

schiedener Mitarbeitenden und dem verstärkten Einsatz von Ersatzrichtern und ausserordentlichen Gerichtsschreibern verkraftet werden.

Zwei Wechsel gab es schliesslich auch bei den Verwaltungsangestellten. Eine jüngere Mitarbeiterin wechselte als Sachbearbeiterin in den Rechtsdienst eines international tätigen ostschweizerischen Industriebetriebs. Eine Andere übernahm nach Abschluss des Fachhochschuldiploms eine verantwortungsvolle Aufgabe ebenfalls in einem ostschweizerischen KMU-Betrieb. Angesichts der nach wie vor bestehenden Lehrstellenknappheit hat sich das Kantonsgericht im Laufe des Berichtsjahres sodann entschieden, erstmals eine KV-Lehrstelle zu schaffen. Nach entsprechenden Abklärungen und Vorarbeiten im Frühherbst konnte im Dezember der Lehrvertrag abgeschlossen werden.

b) Kreisgerichte

Dr. Werner Baldegger, Kreisgerichtspräsident am Kreisgericht St.Gallen, erklärte auf Ende August seinen Rücktritt. Im Jahr 1974 wurde Werner Baldegger zum Präsidenten der neu geschaffenen Gerichtskommission am Bezirksgericht St.Gallen gewählt. Im Jahr 1977 übernahm er das Präsidium der II. Abteilung des Bezirksgerichtes St.Gallen und im folgenden Jahr das Gesamtgerichtspräsidium, welches er in seiner Amtszeit mehrere Male inne hatte. Dr. Werner Baldegger hat sich während rund drei Jahrzehnten für die st.gallische Justiz eingesetzt. Dafür sei ihm aufrichtig gedankt. Zur neuen Kreisgerichtspräsidentin am Kreisgericht St.Gallen wurde Dr. Christine Ackermann Schwendener, langjährige Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht, gewählt.

Zwei Gerichtsschreiberinnen des Kreisgerichtes St.Gallen wurden als Gerichtsschreiberinnen an das Kantonsgericht gewählt. Eine weitere Gerichtsschreiberin wechselte in die kantonale Verwaltung. Das Kreisgericht St.Gallen musste damit im Berichtsjahr drei Gerichtsschreiber neu einarbeiten. Hinzu kam, dass Kreisgerichtspräsident Dr. Werner Baldegger in den letzten Monaten seiner Amtszeit unfallbedingt teilweise ausfallen musste. Je einen Wechsel bei den Gerichtsschreibern und dem Verwaltungspersonal gab es sodann beim Kreisgericht Untertoggenburg-Gossau. Schliesslich verfügt das Kreisgericht Rheintal seit Beginn des Berichtsjahrs über eine zusätzliche halbe Gerichtsschreiberstelle. Das Kreisgericht wies im Verhältnis zu anderen Kreisgerichten eine überdurchschnittliche Geschäftsbelastung auf; die letzte Anpassung im Bestand der Gerichtsschreiber war im Jahr 1988 erfolgt.

2. Geschäftslast

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Im Berichtsjahr sind insgesamt 1760 Fälle neu eingegangen, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 61 oder 3,35% entspricht. Die Entwicklung ist jedoch nicht einheitlich. Der Rückgang betraf vor allem zwei Bereiche, nämlich Fälle in der Zuständigkeit des Kantonsgerichtspräsidenten (minus 34 Fälle) und der Einzelrichter (minus 74 Fälle).

Beim *Kantonsgerichtspräsidenten* haben sich im Berichtsjahr namentlich die Gesuche betreffend Herausgabe von Akten (Art. 38 Abs. 1 Gerichtsgesetz) halbiert. Das ist die Folge eines Schreibens an die Kreisgerichtspräsidenten und weitere Behörden. Darin wurde darauf hingewiesen, dass keine Entscheidung des Kantonsgerichtspräsidenten gemäss Art. 38 Gerichtsgesetz erforderlich ist, wo eine gesetzliche Vorschrift die Aktenherausgabe gestattet. Der Rückgang ist zahlenmässig beträchtlich. Auf die Arbeitsbelastung wirkt er sich aber nicht entscheidend aus, da es sich bei diesen Gesuchen um sehr kleine Verfahren ohne Notwendigkeit einer Interessenabwägung gehandelt hatte. Andererseits haben im Berichtsjahr die Ausstandsbegehren gegen erstinstanzliche Kreisgerichtspräsidenten (Art. 56 Abs. 1 lit. b Gerichtsgesetz) merklich zugenommen. Es handelt sich nicht selten um trölerische Begehren. Das spiegelt sich auch in der Erledigung. Von den 18 im Berichtsjahr entschiedenen Ausstandsfällen wurden 13 abgewiesen beziehungsweise wurde darauf nicht eingetreten. Insgesamt bewirkte die Fallentwicklung in der Zuständigkeit des Kantonsgerichtspräsidenten eher eine zusätzliche Arbeitsbelastung.

Bereits im Berichtsjahr 2004 waren die *Einzelrichterfälle* (Rekurse, Rechtshilfe- und Schiedsgerichtssachen, Fälle der Kammerpräsidenten als Einzelrichter) um rund 10 Prozent zurückgegangen. Diese Entwicklung setzte sich auch im Berichtsjahr 2005 fort. Gingen im Jahr 2004 noch 686 Fälle ein, waren es im Berichtsjahr 2005 noch 612, oder noch einmal rund 10 Prozent weniger. Am deutlichsten waren die Rückgänge bei den Gesuchen um unentgeltliche Prozessführung (minus rund 20 Prozent) und bei den Rekursen im Eheschutz (minus rund 23 Prozent). Der Rückgang im Eheschutz ist wie bereits im letzten Berichtsjahr eine Folge der seit Juni 2004 geltenden kürzeren Trennungsfrist.

Der Abnahme bei den Einzelrichterfällen stand aber wiederum eine Zunahme der Fälle in den Kammern und der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs gegenüber. Der Anstieg war allerdings deutlich flacher als im Berichtsjahr 2004, nämlich von 411 auf 441 Fälle (plus rund 7 Prozent).

Besonders zu erwähnen ist das *Handelsgericht*, das mit insgesamt 124 Eingängen erneut einen Höchststand erreichte. Dass die Pendenzen trotzdem nicht anstiegen, hängt unter anderem damit zusammen, dass bedeutend mehr Vergleiche abgeschlossen werden konnten (81 Beschlüsse gegenüber 45 im Jahr 2004).

Insgesamt muss schliesslich darauf hingewiesen werden, dass auch die Verfahrensleitung einen nicht unerheblichen Aufwand verursacht. Umfangreichere verfahrensleitende Verfügungen werden zwar in der Fallstatistik erfasst, daneben gibt es aber eine Vielzahl kleinerer Verfügungen (zum Beispiel Sistierungen, Gewährung der unentgeltlichen Prozessführung und -verbeiständung in klaren Fällen etc.), die nicht als Fälle erfasst werden.

Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2005 (GVP) verwiesen. Dort werden Auszüge aus 37 Entscheiden von grundsätzlicher Bedeutung, namentlich im Verfahrensrecht, veröffentlicht.

b) Kreisgerichte

Bei den Kreisgerichten blieben die neu eingegangenen Fälle insgesamt (Kollegial- und Einzelrichterfälle zusammen) praktisch auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Trotz dieser weiterhin starken Geschäftslast haben die Fallerledigungen bei den Kollegialgerichten (inkl. Familienrichter) um 127 Fälle oder rund 6% zugenommen, während sie bei den Einzelrichterfällen um 243 Fälle beziehungsweise rund 2% leicht abgenommen haben. Die Pendenzen bewegen sich gesamthaft auf dem Niveau des Vorjahres.

In der *Strafrechtspflege* haben sowohl die Eingänge in der Zuständigkeit des Kollegialgerichtes mit 413 Fällen (gegenüber 392 im Vorjahr) als auch die Einzelrichterfälle mit 342 Fällen (gegenüber 291 im Vorjahr) weiterhin zugenommen. Nach dem Rückgang in den Jahren 2001 und 2002 als Folge der neuen Strafprozessordnung besteht damit seit 2003 ein stetiger Anstieg.

Die Eingänge bei den *Ehescheidungen / -trennungen* liegen mit 1365 Fällen tiefer als im Vorjahr (1487 Fälle), aber deutlich über den Falleingängen der Jahre 2003 (1256 Fälle), 2002 (1213) und 2001 (1119). Diese Entwicklung der Gesamteingänge spiegelt vor allem die entsprechende Entwicklung bei den streitigen Scheidungen, welche in den Jahren 2001 bis 2003 bei durchschnittlich 93 Eingängen lagen, dann im Jahr 2004 massiv auf 143 Fälle anstiegen und nun wieder leicht auf 132 Fälle gesunken sind. Die tieferen Zahlen in den Jahren 2001 bis 2003 hingen mit der seit 2000 geltenden vierjährigen Trennungsfrist für streitige Scheidungen zusammen, die im Juni 2004 auf zwei Jahre verkürzt wurde. Im Jahr 2004 zeichnete sich somit ein Nachholbedarf ab, während sich nun mit den für das Berichtsjahr ausgewiesenen Zahlen die Situation als Folge der kurzfristigen Gesetzesänderungen eingependelt haben dürfte. Die sehr hohen Eingänge des Vorjahres insbesondere bei den strittigen Scheidungen schlugen sich sodann im Berichtsjahr auch in den Fallerledigungen nieder. 159 Fälle wurden durch Urteil der Kreisgerichte erledigt, während es im Durchschnitt der Vorjahre (2001–2004) rund 108 waren. Insgesamt konnten die Pendenzen gegenüber dem Vorjahr leicht abgebaut werden. Wie beim Kantonsgericht gingen auch bei den Kreisgerichten die Eingänge bei den Eheschutzmassnahmen gegenüber dem Vorjahr zurück, allerdings weniger stark.

Bei der Tätigkeit der *Haftrichter* fällt der starke Rückgang der Haftanordnungen auf. Während hier im Durchschnitt der Vorjahre (2001–2004) rund 275 Fälle jährlich eingingen, waren es im Berichtsjahr nur 210, ein Rückgang somit von rund 25 Prozent. Eine Erklärung für die Abnahme ist nicht ersichtlich. Bei den Wegweisungen und Rückkehrverboten (Häusliche Gewalt) haben sich die Eingänge, nachdem bei der erstmaligen Anwendung der Regelung im Jahr 2003 ein Höchststand zu verzeichnen war, auf dem Niveau des Vorjahres eingependelt.

3. Aufsichtstätigkeit

Im Berichtsjahr wurden beim Kreisgericht Rorschach und beim Kreisgericht Werdenberg-Sargans Arbeitsbesuche durchgeführt. Die im Berichtsjahr 2004 erstmals abgehaltene Aussprache der geschäftsleitenden Kreisgerichtspräsidenten mit dem Kantonsgerichtspräsidium fand erneut statt. Im Vordergrund stand ein Erfahrungsaustausch zur Praxis der Nachforderung von Entschädigungen aus unentgeltlicher Prozessführung. Mittlerweile bewirtschaften alle Kreisgerichte und das Kantonsgericht diese Positionen systematisch mit gutem Erfolg. Abgesprochen wurde auch das Vorgehen zur Eintreibung von Gerichtskosten bei im Ausland wohnhaften Parteien. Das Kantonsgericht wird künftig auch solche Kosten für die Kreisgerichte eintreiben und damit das bereits vorhandene Wissen in diesem Bereich besser ausnützen.

Einem Begehren um Pensenaufstockung von fest angestellten Familienrichterinnen wurde nicht stattgegeben. Ebenso wurde auf einen Antrag zur Erhöhung der Stundenansätze für nebenamtlich tätige Familienrichterinnen nicht weiter eingegangen. Das Kantonsgericht ist der Auffassung, dass keine weiteren Sachzwänge geschaffen werden können, solange im Rahmen der anstehenden Justizreform die Stellung der fest angestellten Kreisrichterinnen und Kreisrichter nicht endgültig geklärt ist.

In einem Schreiben wurden die Kreisgerichtspräsidenten über die Absicht des Kantonsgerichtes informiert, das Reglement über die Erteilung einzelrichterlicher Befugnisse an Gerichtsschreiber zu überarbeiten. Zu prüfen wäre namentlich, ob die pro Gericht höchstens zugelassene Anzahl an Gerichtsschreibern mit einzelrichterlichen Befugnissen angepasst (Art. 2 Abs. 2 Richtlinie) und die persönlichen Anforderungen (Art. 3 Abs. 1 Richtlinie) erhöht werden sollten. Nachdem mit dem Vernehmlassungsentwurf für eine Justizreform jedoch vorgeschlagen wurde, auf einzelrichterliche Befugnisse für Gerichtsschreiber zu verzichten und vielmehr Richter- und Gerichtsschreiberfunktionen zu trennen, wurde die Überarbeitung der Richtlinie zurückgestellt.

Einem Kreisgericht wurden einschränkende Auflagen gemacht hinsichtlich einer von einem Gerichtsschreiber beabsichtigten zeitraubenden Weiterbildung. Dabei musste festgestellt werden, dass die bestehenden Richtlinien offenbar nicht von allen Dienststellen einheitlich angewendet werden.

4. Fortbildung

Im November 2005 fand die jährliche Fortbildungsveranstaltung des Kantonsgerichtes zum Thema «Schaden – Haftung – Versicherung» in Rorschach statt. Alle bisher durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen des Kantonsgerichtes richteten sich an die bei den Kreisgerichten und beim Kantonsgericht tätigen Juristen. Erstmals wurde nun im Berichtsjahr eine halbtägige Veranstaltung angeboten, die den nicht juristischen Mitarbeitenden in den Kanzleien und der Verwaltung Gelegenheit bot, Einblick in einen justiznahen Betrieb zu gewinnen. Es wurde dafür die Strafanstalt Saxerriet ausgewählt. Angesichts des positiven Echos soll dieser Anlass im kommenden Jahr fortgeführt werden.

Die Ausbildung der im Familienrecht tätigen Kreisrichterinnen und Kreisrichter wurde im gleichen (reduzierten) Umfang wie im Berichtsjahr 2004 durchgeführt. Die «Mitteilungen zum Familienrecht» erschienen mit einer weiteren Ausgabe.

5. Vernehmlassungen

Das Kantonsgericht nahm zu sehr vielen eidgenössischen und kantonalen Gesetzesentwürfen Stellung, darunter zu Vorentwürfen über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes im Zusammenhang mit Netzwerkkriminalität, zu ergänzenden Massnahmen im Bereich des Strafrechts zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, zum Revisionsentwurf des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten, zur Anpassung des kantonalen Rechts an das Partnerschaftsgesetz, zu einer Interpellation betr. Durchsetzung der gerichtlich festgesetzten Besuchsrechte. Gemeinsam mit der Anwaltskammer liess sich das Kantonsgericht zum Vorentwurf betr. Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte sowie zum Entwurf einer Verordnung über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung vernehmen. Gemeinsam mit der Anklagekammer nahm das Kantonsgericht Stellung zu den Entwürfen für einen II. und III. Nachtrag zum Strafprozessgesetz.

Eine erhebliche Zusatzbelastung entstand schliesslich auch aus der Mitwirkung der Präsidentin und des Vizepräsidenten des Kantonsgerichtes sowie der geschäftsleitenden Kreisgerichtspräsidenten von Rorschach und Untertoggenburg-Gossau in der Expertenkommission für die Vorbereitung der Justizreform. Diese schloss ihre Arbeiten im Mai des Berichtsjahrs ab.

6. Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 43 Bewerberinnen und Bewerber:

- | | |
|--|---|
| 1. lic.iur. Daniel Anrig | 23. lic.iur., lic.phil. Markus Höfliger |
| 2. lic.iur. Regina Arquint | 24. lic.iur. Barbara Huber |
| 3. lic.iur. Filiz-Félice Aydemir | 25. lic.iur. Raphael Jaeger |
| 4. lic.iur. Martina Beeler | 26. lic.iur. Tihomir Katulic |
| 5. lic.iur. Marco Bivetti | 27. lic.iur. Olivier Künzler |
| 6. lic.iur. Michael Bommer | 28. lic.iur. Christian Moosberger |
| 7. lic.iur. Nicole Christen | 29. lic.iur. Benjamin Motor |
| 8. Dr.iur. Caroline Kirchschräger-Flühmann | 30. lic.iur. Michael Müller |
| 9. Dr.iur., lic.oec. Ferdinand A. Franze | 31. lic.iur. Simon Näscher |
| 10. lic.iur. Markus Frei | 32. lic.iur. Roger Nobs |
| 11. lic.iur. Astrid Gilli | 33. Dr.iur. E. Ronald Pedernana |
| 12. lic.iur. Stephan Glättli | 34. lic.iur. Ivan J. Pérez |
| 13. lic.iur. Beatrice Grob | 35. lic.iur. Urs Reinwald |
| 14. lic.iur. Andreas Grundlehner | 36. lic.iur. Rolf Rempfler |
| 15. lic.iur. Michael Gwerder | 37. lic.iur., dipl. Architekt HTL Marcel Rova |
| 16. lic.iur. Gregor Häne | 38. lic.iur. Marc Séquin |
| 17. lic.iur., LL.M. Barbara Häni | 39. lic.iur. Claude Slongo |
| 18. lic.iur. Karin Hartmann | 40. lic.iur. Michael Waldner |
| 19. lic.iur. Adrian Hediger | 41. lic.iur. Marc Weber |
| 20. lic.iur. Michael Hess | 42. lic.iur. Claudia Widmer |
| 21. lic.iur. Michèle Hess | 43. lic.iur. Pascal Wirth |
| 22. lic.iur. Marc Hofer | |

7. Rechtsagentenpatente

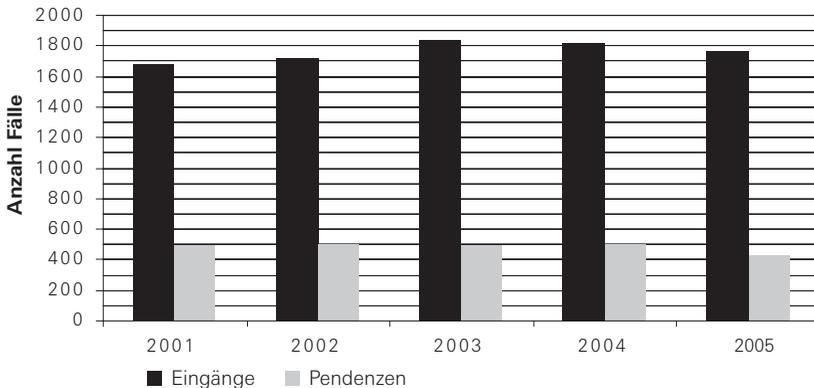
Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende Bewerberin:

1. Chantal Maurer

1. Kantonsgericht, Handelsgericht, Anklagekammer und Anwaltskammer

Gesamtübersicht

	Eingänge in den Vorjahren					Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Erledigt 2005	Pendent Ende 2005
	2001	2002	2003	2004						
I. Zivilkammer	9	8	15	6	7	20	27	18	9	
II. Zivilkammer	61	63	53	59	31	64	95	64	31	
III. Zivilkammer	152	125	122	146	100	159	259	181	78	
Strafkammer	139	149	130	165	94	169	263	155	108	
Aufsichtsbehörde SchK und Handelsregister	50	42	22	35	1	29	30	23	7	
Kantonsgerichtspräsident	84	96	128	104	6	70	76	75	1	
Einzelrichter (SchKG, ZGB, OR)	575	654	766	686	96	612	708	639	69	
Anwaltskammer (einschliesslich Präsidialentscheide)	174	108	170	140	14	139	153	150	3	
Honorargutachter ¹	5	8	-	-	-	-	-	-	-	
Handelsgericht (einschliesslich Präsidialentscheide)	104	87	81	109	93	124	217	138	79	
Anklagekammer (einschliesslich Präsidialentscheide)	326	378	352	371	64	374	438	384	54	
	1679	1718	1839	1821	506	1760	2266	1827	439	



1 In der Statistik der Anwaltskammer ausgewiesen.

Pendente Fälle

	Insgesamt	Eingeschrieben			
		2002 oder früher	2003	2004	2005
I. Zivilkammer	9	–	–	–	9
II. Zivilkammer	31	2	2	1	26
III. Zivilkammer	78	4	–	13	61
Strafkammer	108	–	2	9	97
Aufsichtsbehörde SchK und Handelsregister	7	–	–	–	7
Kantonsgerichtspräsident	1	–	–	–	1
Einzelrichter	69	1	4	2	62
Anwaltskammer	2	–	1	–	1
Honorargutachter ¹	1	–	–	–	1
Handelsgericht	79	8	5	10	56
Anklagekammer	54	–	–	–	54
	439	15	14	35	375

Abteilungen Kantonsgericht

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
Personenrecht	2	2	4	2	–	2	2	–	1	1
Erbrecht	1	3	4	–	1	1	3	–	–	–
Sachenrecht	4	8	12	7	1	8	4	–	2	5
Verschiedenes	–	7	7	5	2	7	–	–	–	5
	7	20	27	14	4	18	9	–	3	11
<i>II. Zivilkammer</i>										
Ehestreitsachen	21	33	54	26	6	32	22	1	18	7
Vaterschaft/Unterhalt	1	5	6	4	2	6	–	–	2	2
Übriges Kindes- und Vormundschaftsrecht	2	3	5	2	–	2	3	–	–	2
Rechtsverweigerungsbe- schwerden gegen vorsorgliche Massnahmen in Ehesachen	4	10	14	10	2	12	2	3	3	4
Revision/Verschiedenes	3	13	16	10	2	12	4	3	1	6
	31	64	95	52	12	64	31	7	24	21

¹ In der Statistik der Anwaltskammer ausgewiesen.

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>III. Zivilkammer</i>										
Mietrecht	4	4	8	4	2	6	2	–	2	2
Pachtrecht	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1
Arbeitsrecht	18	38	56	32	9	41	15	10	3	19
Übriges Obligationenrecht . . .	63	65	128	64	14	78	50	8	16	40
Versicherungsrecht	2	4	6	2	–	2	4	–	–	2
Streitigkeiten nach SchKG	1	1	2	1	1	2	–	1	–	–
öffentlich rechtliche Klagen . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Grundstückserwerb durch Personen im Ausland	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Urheberrecht	1	1	2	1	–	1	1	–	–	1
Schiedsgerichtssachen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden gegen Ent- scheide der Anwaltskammer und Präsidenten Anwalts- kammer	–	4	4	3	1	4	–	1	–	2
Rechtsverweigerungs- beschwerden	11	33	44	28	11	39	5	11	2	15
Kostenbeschwerden	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Erläuterung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	6	6	5	1	6	–	–	–	5
	100	159	259	142	39	181	78	32	23	87

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Strafkammer</i>										
Berufungen	80	131	211	98	20	118	93	12	51	35
Nachtragsüberweisungen zu Berufungen	3	6	9	4	1	5	4	–	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	6	10	16	12	–	12	4	11	–	1
Verschiedenes	5	22	27	16	4	20	7	7	–	8
	94	169	263	130	25	155	108	30	51	44

*Aufsichtsbehörde für
Schuldbetreibung und
Konkurs und über das
Handelsregister*

SchK:

Beschwerden gegen die unteren Aufsichtsbehörden . . .	–	10	10	7	1	8	2	1	1	5
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	–	10	10	6	1	7	3	3	1	2
Genehmigung Entschädigung	–	1	1	1	–	1	–	–	1	–
Gesuche unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1

Handelsregister:

Zwangseintragungen	1	4	5	4	–	4	1	4	–	–
Löschungen von Amtes wegen	–	2	2	2	–	2	–	2	–	–
Beteiligung an Gesellschaft. . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
	1	29	30	21	2	23	7	10	3	8

Einzelrichter

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Kantonsgerichts- präsident</i>										
Ausstandsbegehren	1	20	21	18	3	21	–	2	3	13
Überweisung an anderes Gericht	–	4	4	4	–	4	–	3	–	1
Verschiedenes	5	4	9	–	9	9	–	–	–	–
Aktenherausgabe	–	42	42	30	11	41	1	26	2	2
	6	70	76	52	23	75	1	31	5	16

Einzelrichter für Rekurse im Personen-, Erb- und Sachenrecht

Rekurse gegen Entscheid Departement	1	2	3	3	–	3	–	1	–	2
Rascher Rechtsschutz	3	2	5	1	2	3	2	–	1	–
Vorsorgliche Massnahmen, insbesondere vorläufige Eintragung eines Bauhand- werkerpfandrechts	–	7	7	4	–	4	3	1	–	3
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
	4	12	16	9	2	11	5	2	1	6

Einzelrichter für Rekurse in Familiensachen

Vorsorgliche Massnahmen . . .	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Eheschutz	20	61	81	64	11	75	6	1	38	25
Übriges Summarverfahren im Familienrecht	–	3	3	2	1	3	–	–	–	2
Verschiedenes	–	2	2	–	2	2	–	–	–	–
Rekurse gegen Entscheid Departement	1	2	3	3	–	3	–	–	–	3
	21	69	90	69	14	83	7	1	38	30

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im Obligationenrecht</i>										
Klares Recht	1	2	3	3	–	3	–	–	–	3
Anordnungen zur Rechtswahrung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ausweisung eines Mieters oder Pächters.	3	22	25	15	6	21	4	1	1	13
Vorsorgliche Massnahmen . . .	1	2	3	3	–	3	–	–	–	3
Vorsorgliche Beweiserhebung	–	1	1	1	–	1	–	–	1	–
Vollstreckung.	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Verschiedenes	–	2	2	1	1	2	–	1	–	–
	5	32	37	26	7	33	4	2	2	22

Einzelrichter für Rechtshilfe- und Schiedsgerichtssachen

Rechtshilfe.	19	260	279	–	259	259	20	–	–	–
Schiedsgerichtssachen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	19	260	279	–	259	259	20	–	–	–

Präsident als Einzelrichter

Vorsorgliche Massnahmen . . .	1	4	5	4	–	4	1	–	2	2
Sicherheitsleistung	–	18	18	17	1	18	–	16	–	1
Unentgeltliche Prozessführung (Rekurse)	6	30	36	25	6	31	5	8	1	16
Unentgeltliche Prozessführung (Gesuche)	36	101	137	111	7	118	19	80	4	27
Wiederherstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Revision.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	43	153	196	157	14	171	25	104	7	46

	Geschäftslast		Erledigung durch					Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im SchKG-Verfahren</i>										
Provisorische Rechtsöffnung . . .	1	15	16	11	2	13	3	2	–	9
Definitive Rechtsöffnung	–	5	5	5	–	5	–	–	–	5
Bewilligung des Rechts- vorschlags in der Wechsel- betreibung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Konkurseröffnungen	2	55	57	42	10	52	5	32	–	10
Sicherheitsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insolvenzerklärungen	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Wiedereinsetzung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arrestverfahren	–	4	4	4	–	4	–	2	1	1
Übrige SchKG-Verfahren	1	6	7	7	–	7	–	2	1	4
Nachlassverfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	4	86	90	70	12	82	8	38	2	30

Anwaltskammer

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Zuständigkeit der Kammer</i>										
Amtliche Aufsicht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Disziplinarverfahren gegen Anwälte	5	11	16	9	5	14	2	1	–	8
Massnahmen gegen Dritte . . .	2	1	3	3	–	3	–	3	–	–
Einsprache gegen Registereintrag	1	–	1	1	–	1	–	–	–	1
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	8	12	20	13	5	18	2	4	–	9

Zuständigkeit des Präsidenten

Entbindung vom Berufsgeheimnis	3	3	6	3	3	6	–	1	–	2
Eröffnung Disziplinarverfahren	–	4	4	4	–	4	–	–	–	4
Erteilung Anwaltspatent	–	43	43	43	–	43	–	43	–	–
Erteilung Rechtsagentenpatent	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Erteilung Rechtspraktikanten- bewilligung	–	33	33	33	–	33	–	33	–	–
Eintrag in Anwaltsregister	–	31	31	31	–	31	–	31	–	–
Eintrag in Anwaltsliste EU	–	4	4	4	–	4	–	4	–	–
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Begutachtung von Anwaltsrechnungen	3	7	10	–	9	9	1	–	–	–
Zwischentotal	6	127	133	120	12	132	1	113	–	7
Insgesamt	14	139	153	133	17	150	3	117	–	16

Geschäftstätigkeit der Prüfungskommissionen

	bestanden	nicht bestanden
Anwaltsprüfungen	43	9
Rechtsagentenprüfungen	1	–

Handelsgericht

<i>Zuständigkeit des Gerichtes</i>	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Obligationenrecht	50	48	98	16	36	52	46	8	3	5
Streitigkeiten nach SchKG.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Klagen aus Gesellschaftsrecht	17	9	26	2	11	13	13	–	–	2
Wettbewerbsklagen.	5	2	7	3	3	6	1	1	–	2
Namen-/Firmen-/Marken- rechtsstreitigkeiten	2	4	6	–	4	4	2	–	–	–
Klagen aus Patentrecht	2	3	5	–	–	–	5	–	–	–
Muster und Modelle	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachenrecht	–	2	2	–	1	1	1	–	–	–
Zwischentotal	76	68	144	21	55	76	68	9	3	9

Zuständigkeit des Präsidenten

Vorsorgliche Massnahmen										
– Immaterialgüterrecht/UWG	4	9	13	7	3	10	3	1	2	4
– ZGB/OR	1	8	9	3	4	7	2	2	–	1
Einsetzung einer Revisionsstelle	6	20	26	6	15	21	5	6	–	–
Einsetzung eines Sonderprüfers	3	2	5	2	2	4	1	–	–	2
Unentgeltliche Prozessführung	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
Sicherstellung gefährdeter Beweise	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Wiederherstellung	1	2	3	3	–	3	–	3	–	–
Schutzschrift	–	2	2	2	–	2	–	2	–	–
Verschiedenes	2	11	13	12	1	13	–	11	1	–
Zwischentotal	17	56	73	36	26	62	11	26	3	7
Insgesamt	93	124	217	57	81	138	79	35	6	16

Anklagekammer

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Zuständigkeit der Kammer</i>										
Amtliche Aufsicht	1	10	11	9	1	10	1	1	–	8
Disziplinarverfahren	–	3	3	1	1	2	1	1	–	–
Eröffnung eines Strafverfahrens	15	73	88	72	–	72	16	10	–	62
Nichteintreten auf Strafklage.	7	26	33	22	5	27	6	3	–	19
Einstellung des Strafverfahrens	2	1	3	1	1	2	1	–	–	1
Aufhebung des Strafverfahrens	8	17	25	18	2	20	5	1	–	17
Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschlagnahme	7	20	27	14	10	24	3	2	1	11
Durchsuchung von Datenträgern	2	9	11	8	2	10	1	6	1	1
Verweigerung von Parteirechten	–	5	5	5	–	5	–	4	–	1
Internationale Rechtshilfe	1	1	2	1	–	1	1	–	–	1
Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile	1	1	2	2	–	2	–	2	–	–
Wiederaufnahme	–	4	4	2	1	3	1	1	–	1
Rechtsverweigerungsbeschwerde U-Haft	2	14	16	11	5	16	–	1	–	10
Verfügung Jugendanwalt	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Haftentschädigung	–	2	2	2	–	2	–	2	–	–
Rechtsverweigerungsbeschwerde Übrige	3	17	20	11	4	15	5	4	1	6
Verschiedenes	–	2	2	1	–	1	1	1	–	–
Zwischentotal	49	206	255	181	32	213	42	39	3	139

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Zuständigkeit des Präsidenten</i>										
Ausstand	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
Anstände im Privatstrafklageverfahren	3	5	8	5	2	7	1	–	–	5
Nichteintreten auf Strafklage.	5	14	19	11	5	16	3	3	–	8
Einstellung des Strafverfahrens	3	6	9	6	2	8	1	1	–	5
Aufhebung des Strafverfahrens	1	18	19	13	1	14	5	2	2	94
Kosten	1	3	4	1	1	2	2	1	–	–
Technische Überwachungsmaßnahmen	1	111	112	112	–	112	–	103	5	4
Vorsorgliche Massnahmen	1	6	7	7	–	7	–	1	2	4
Unentgeltliche Prozessführung	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Zwischentotal	15	168	183	159	12	171	12	112	9	39
Insgesamt	64	374	438	340	44	384	54	151	12	177

Weiterzug von Entscheiden an das Bundesgericht und das Kassationsgericht

	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Erledigung durch					Pendent Ende 2005
				Rückzug	Nichteintreten	Urteil			
						Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
<i>Bundesgericht</i>									
Berufungen in Zivilsachen	16	41	57	–	15	16	5	4	17
Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen	7	13	20	–	4	7	3	–	6
Staatsrechtliche Beschwerden	17	55	72	1	14	26	9	–	22
SchKG-Beschwerden	1	4	5	–	3	1	–	–	1
Verwaltungsgerichtsbeschwerden	1	–	1	–	–	1	–	–	–
<i>Kassationsgericht</i>									
Beschwerden in Zivilsachen	9	19	28	–	4	14	3	1	6

2. Kreisgerichte

Eingänge in Vorjahren

Gesamtübersicht

Kollegialgerichte
(inkl. Familienrichter)

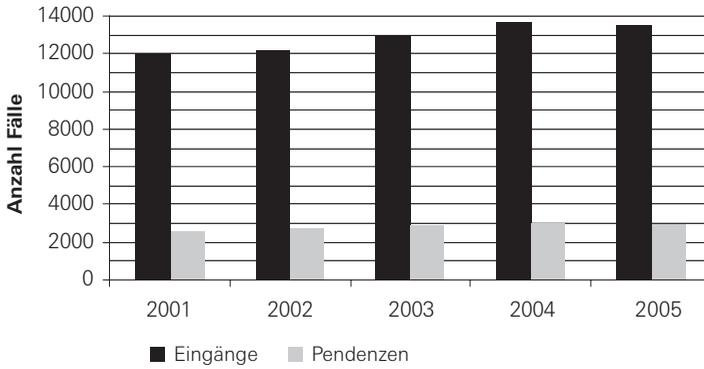
Gerichtskreis	2001	2002	2003	2004	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt 2005	Erledigt 2005	Pendent Ende 2005
St.Gallen	467	475	534	656	397	633	1030	641	389
Rorschach	170	179	164	201	124	187	311	210	101
Rheintal	256	303	359	341	251	335	586	337	249
Werdenberg-Sargans	269	252	291	307	189	284	473	262	211
Gaster-See	206	249	250	284	206	270	476	297	179
Ober-/Neutoggenburg	66	82	80	95	66 ¹	86	152	88	64
Alltoggenburg-Wil	146	210	191	212	139 ¹	194	333	186	147
Untertoggenburg-Gossau	233	243	235	253	139	295	434	283	151
	1813	1993	2104	2349	1511 ¹	2284	3795	2304	1491

Einzelrichter

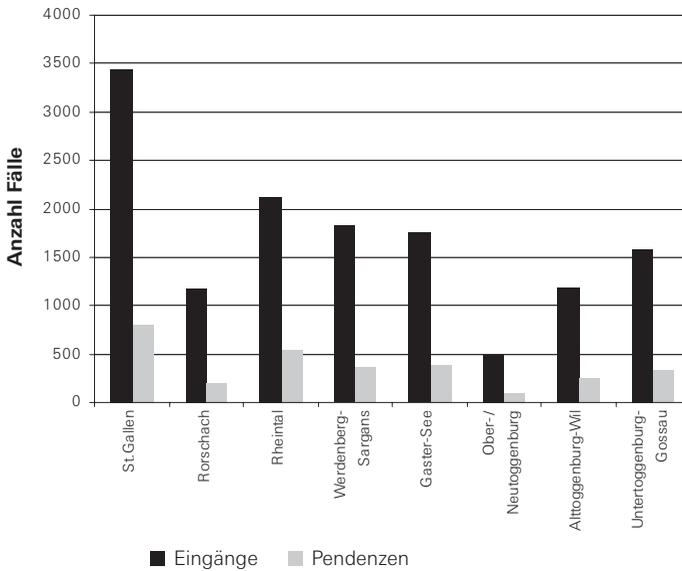
Gerichtskreis	2001	2002	2003	2004	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt 2005	Erledigt 2005	Pendent Ende 2005
St.Gallen	2191	2155	2486	2736	333	2786	3119	2731	388
Rorschach	946	941	1060	1109	99 ¹	989	1088	976	112
Rheintal	1604	1651	1683	1672	260	1786	2046	1753	293
Werdenberg-Sargans	1599	1539	1717	1763	185	1538	1723	1570	153
Gaster-See	1339	1227	1273	1400	269	1467	1736	1528	208
Ober-/Neutoggenburg	398	466	437	400	38 ¹	404	442	406	36
Alltoggenburg-Wil	983	1046	1024	1012	122 ¹	1004	1126	992	134
Untertoggenburg-Gossau	1139	1202	1159	1241	156 ¹	1292	1448	1294	154
	10199	10227	10839	11333	1462 ¹	11266	12728	11250	1478

¹ Korrektur gegenüber Amtsbericht 2004.

Falleingänge Kreisgerichte



Falleingänge 2005 pro Kreisgericht



Pendenzen bei den Kollegialgerichten und Einzelrichtern

Am Ende des Berichtsjahres noch nicht erledigt:

Gerichtskreis	Zivilfälle					Straffälle					Ins- gesamt	davon KGP 2004 + 2005 älter	
	2005	2004	2003	2002	ältere	Ins- gesamt	2005	2004	2003	2002 und früher			Ins- gesamt
St.Gallen	229	41	22	2	5	299	135	10	2	4	151	327	9
Rorschach	66	13	2	2	4	87	21	2	-	-	23	103	9
Rheintal	158	33	5	1	7	204	57	6	3	-	66	272	33
Werdenberg-													
Sargans	156	34	6	6	2	204	12	-	-	-	12	148	12
Gaster-See	127	30	2	4	1	164	21	-	-	-	21	202	19
Ober-/													
Neutoggenburg . . .	46	14	1	1	-	62	5	-	-	-	5	33	-
Altoggenburg-Wil .	90	19	4	4	1	118	32	2	-	-	34	129	9
Untertoggenburg-													
Gossau	137	9	2	2	1	151	7	-	-	-	7	147	5
1009	193	44	22	21	1289	290	20	5	4	319	1361	96	

Tätigkeit in der Zivilrechtspflege

a) Kollegialgerichte (inkl. Familienrichter)

Gerichtskreis	Zahl der Prozesse										Prozessgang									
	Übtrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Personenrecht	Ehescheidungen/ Ehrennennungen	Vaterschaftssachen	Andere familien- rechtliche Streitigkeiten	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	Andere Fälle	Insgesamt	Urteile	Abschreibungen	Erdigt 2005	Pendent Ende 2005	Weitergezogen
St.Gallen	332	455	787	11	509	38	72	18	6	11	108	8	5	1	787	390	98	488	299	28
Rorschach	112	158	270	-	181	10	35	-	5	5	27	5	-	2	270	161	22	183	87	9
Rheintal	212	268	480	3	336	18	37	13	9	6	52	5	-	1	480	231	45	276	204	13
Werdenberg-Sargans	179	255	434	-	323	10	27	5	5	3	56	3	-	2	434	187	43	230	204	9
Gaster-See	191	228	419	1	275	16	23	7	13	10	68	5	-	1	419	202	53	255	164	21
Ober-/ Neutoggenburg	59	77	136	2	112	1	7	1	-	-	12	1	-	-	136	62	12	74	62	6
Altoggenburg-Wil.	125 ¹	161	286	-	214	9	14	5	1	2	32	1	-	8	286	137	31	168	118	14
Untertoggenburg- Gossau	132	269	401	3	289	11	39	1	5	5	47	1	-	-	401	210	40	250	151	10
	1342 ¹	1871	3213	20	2239	113	254	50	44	42	402	29	5	15	3213	1580	344	1924	1289	110

1 Korrektur gegenüber Amtsbericht 2004.

Tätigkeit in der Zivilrechtspflege

b) Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2004		Eingänge 2005		Gesamt	Verfahrenswechsel		Erledigt 2005					Pendent Ende 2005				
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren		Streitige Verfahren	Zum einvernehmlichen Verfahren	Zum streitigen Verfahren	Gemöhnlicher Familienrichter	Urteil Kreisgericht	Fristansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	
St.Gallen	167	24	191	277	41	318	509	9	20	255	41	11	40	347	129	33	162
Rorschach	61	8	69	104	8	112	181	4	10	100	16	1	14	131	43	7	50
Rheintal	112	18	130 ¹	179	27	206	336	4	14	140	34	9	16	199	117	21	138
Werdenberg-Sargans	123	12	135	178	10	188	323	2	10	145	15	-	19	179	131	13	144
Gaster-See	103	16	119 ¹	146	10	156	275	3	6	142	15	-	13	170	87	16	103
Ober-/Neutoggenburg	37	8	45	64	3	67	112	1	-	46	7	-	6	59	49	4	53
Altoggenburg-Wil.	83	8	91	108	15	123	214	4	12	101	13	4	13	131	67	16	83
Untertoggenburg-Gossau	82	12	94 ¹	177	18	195	289	3	2	142	18	4	14	178	97	14	111
	768	106	874 ¹	1233	132	1365	2239	30	74	1071	159	29	135	1394	720	124	844

¹ Korrektur gegenüber Amtsbericht 2004.

Tätigkeit in der Zivilrechtspflege (Falleingänge)

a) Als Einzelrichter in Zivilsachen

	St.Gallen	Forschach	Rheintal	Werdberg-Sargans	Gaster-See	Oberoggenburg-Neutoggenburg	Altoggenburg-Wil	Untertoggenburg-Gossau	Insgesamt
SchKG:									
Rechtsöffnung	698	273	454	426	437	123	343	336	3090
Konkurrenzeröffnung	407	167	290	250	229	55	228	210	1836
Folgeverfügungen Konkurs	196	76	93	81	78	24	74	82	704
Arrest und Arrestkaution	64	10	45	39	8	1	1	8	176
Beschwerde	13	6	19	15	24	6	12	16	111
Übrige SchKG-Verfahren	28	11	11	6	7	2	2	6	73
Zwischentotal	1406	543	912	817	783	211	660	658	5990
ZGB:									
<i>Personenrecht:</i>									
Einräumung des Gegendarstellungsrechts	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschollenerklärung und Standesfeststellung	6	–	1	2	–	1	–	–	10
Übrige personenrechtliche Verfahren	1	–	5	1	1	–	–	3	11
Zwischentotal	7	–	6	3	1	1	–	3	21
<i>Familienrecht:</i>									
Vorsorgliche Massnahmen	39	16	21	41	39	15	16	26	213
Eheschutzmassnahmen	128	62	96	106	80	24	51	90	637
Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge	31	1	27	11	5	2	7	22	106
Übrige familienrechtliche Verfahren	–	–	3	1	2	–	–	–	6
Zwischentotal	198	79	147	159	126	41	74	138	962

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	Wergenberg-Sargans	Gaster-See	Obertoggenburg	Altoggenburg-Wil	Untertoggenburg-Gossau	Insgesamt
Erbrecht:									
Erbliche Verfahren	1	1	1	—	—	—	1	—	4
Beschwerden in Erbschaftssachen	—	2	—	—	1	1	1	—	5
Zwischen total	1	3	1	—	1	1	2	—	9
Sachenrecht:									
Bauhandwerkerpfandrecht	28	9	22	7	16	2	4	15	103
Kraftloserklärung von Grundpfandteilen	14	4	17	6	5	4	4	9	63
Rascher Rechtsschutz im Sachenrecht	19	5	20	11	33	5	9	6	108
Übrige sachenrechtliche Verfahren	2	5	1	5	5	1	1	4	24
Zwischen total	63	23	60	29	59	12	18	34	298
OR:									
Forderungen aus Miete und Pacht (bis Fr. 20'000.—)	9	5	15	16	14	2	2	2	65
Übrige Forderungen	66	25	69	54	81	15	47	40	397
Erstreckung des Mietverhältnisses. Anfechtung der Kündigung des Mietverhältnisses	3	2	—	—	1	—	—	1	7
Ausweisung eines Mieters oder Pächters	14	2	2	—	5	—	2	2	27
Kraftloserklärung von Wertpapieren	64	30	49	29	26	3	27	25	253
Übrige obligationenrechtliche Verfahren	4	1	5	5	7	4	4	3	33
Verfahren	2	3	3	2	—	—	—	2	12
Vollstreckung:									
Vollstreckung	14	3	5	5	3	1	1	1	33
Vollstreckung der Ausweisung	1	1	4	14	—	—	2	—	22
Zwischen total	177	72	152	125	137	25	85	76	849
Total a)	1852	720	1278	1133	1107	291	839	909	8129

Tätigkeit in der Zivilrechtspflege (Falleingänge)

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	Werdberg-Sargans	Gaster-See	Obertoggenburg	Altoggenburg-Will	Untertoggenburg-Gossau	Insgesamt
b) Als Untersuchungsrichter und Geschäftsleiter in Zivilsachen									
Sicherheitsleistung.....	6	10	4	2	8	—	1	3	34
Unentgeltliche Prozessführung	504	131	157	168	186	64	70	215	1495
Rechtshilfweise Einvernahmen	25	6	14	30	7	4	7	11	104
Übrige Rechtshilfe.....	232	82	260	121	69	31	47	77	919
Sicherstellung von Beweisen	—	1	1	2	51	1	4	—	60
Festsetzung des Streitwertes	—	—	—	—	1	—	—	1	2
Aufsicht über Vermittler	1	4	—	4	1	—	—	2	12
Aufsicht über Betreibungsämter	1	4	2	3	—	3	—	11	24
Aufsicht über Schlichtungsstellen	—	—	—	—	1	—	—	—	1
Übriges.....	10	4	5	12	5	1	1	30	68
Untersuchungsrichter Ehrverletzung	16	2	1	3	6	—	1	6	35
Untersuchungsrichter Privatstrafklageverfahren	4	—	—	7	—	—	—	—	11
Vereidigungen	5	4	—	3	—	—	11	7	30
Total b)	804	248	444	355	335	104	142	363	2795
Total Fälle als Einzelrichter	2656	968	1722	1488	1442	395	981	1272	10924

Tätigkeit in der Strafrechtspflege

Gerichtskreis	Kollegialgerichte						Einzelrichter in Strafsachen						Insgesamt Kollegialgerichte und Einzelrichter						
	Zahl der Prozesse			Prozessgang			Zahl der Prozesse			Prozessgang									
	Überrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Verfügungen	Abschreibungen/ Einstellungen/	Eridigt 2005	Pendent Ende 2005	Weitergezogen	Überrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Verfügungen	Abschreibungen/ Einstellungen/	Eridigt 2005	Pendent Ende 2005	Weitergezogen	
St.Gallen	65	178	243	124	28	1	153	90	27	36	130	166	89	5	11	105	61	11	409
Rorschach	12	29	41	22	4	1	27	14	3	-	21	21	11	-	1	12	9	2	62
Rheintal	39	67	106	57	2	2	61	45	19	24	64	88	53	10	4	67	21	4	194
Werdenberg-Sargans	10	29	39	21	10	1	32	7	10	17	50	67	56	4	2	62	5	11	106
Gaster-See	15	42	57	28	14	-	42	15	6	8	25	33	23	1	3	27	6	6	90
Ober-/Neutoggenburg	7 ¹	9	16	10	4	-	14	2	3	3	9	12	6	3	-	9	3	3	28
Altoggenburg-Wil	14	33	47	14	4	-	18	29	5	4	23	27	19	3	-	22	5	6	74
Untertoggenburg-Gossau	7	26	33	22	10	1	33	-	4	15	20	35	25	2	1	28	7	10	68
	169	413	582	298	76	6	380	202	77	107	342	449	282	28	22	332	117	53	1031

1 Korrektur gegenüber Amtsbericht 2004.

4. Haftrichter

Tätigkeit der Haftrichter (gesamter Kanton)

	Art der Erledigung									
	Engänge 2004	Pendent Ende 2004	Engänge 2005	Insgesamt	Beantw. Freiheits- beschränkung ganz oder teilweise angeordnet/ bestätigt	Beantw. Freiheits- beschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz- massnahmen	Abstreifen/ Nichttreten	Erledigt 2005	Pendent Ende 2005
Haftanordnung	262	-	210	210	188	6	2	8	204	6
Haftverlängerung	171	4	183	187	160	8	-	11	179	8
Haftentlassung	22	1	23	24	19	-	-	5	24	-
Entlassung vorzeitiger Strafvollzug	3	-	4	4	1	1	1	1	4	-
Vorzeitiger Massnahmenvollzug ..	0	1	2	3	2	-	-	-	2	1
Auslieferungshaftbefehl	1	-	2	2	2	-	-	-	2	-
Verlängerung Polizeigewahrsam ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wegweisung und Rückkehrverbot	126	3	122	125	101	20	-	1	122	3
Übrige	1	-	3	3	2	-	1	-	3	-
Total.....	586	9	549	558	475	35	4	26	540	18

5. Betreibungsverfahren

Tätigkeit der unteren Aufsichtsbehörden im Betreibungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Gerichtskreis	Eingänge 2003	Eingänge 2004	Übertrag 2004	Eingänge 2005	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/Nichtretreten	Rückzug/Gegenstandslos	Pendent Ende 2005
St.Gallen	17	28	3	13	16	1	8	6	1
Rorschach	8	17	2	6	8	2	4	2	—
Rheintal	15	18	2	19	21	4	11	3	3
Werdenberg-Sargans	23	24	6	16	22	5	14	3	—
Gaster-See	14	31	2	24	26	9	12	5	—
Ober-/Neutoggenburg	7	3	1	6	7	—	5	2	—
Altoggenburg-Wil	14	27	5	12	17	7	4	3	3
Untertoggenburg-Gossau	9	12	—	16	16	1	5	10	—
	107	160	21	112	133	29	63	34	7

6. Verrichtungen der Vermittlerämter

Gerichtskreis	I Im Vermittlungsverfahren						II Urteilsvorschlag			Ausstand oder Verhinderung	
	Eingeschriebene Streitfälle (I und angenommene Urteilsvorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klagenerkennung	Unvermittelt	Kostenpruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers	Ausstand des Stellvertreters und seines Stellvertreters	Sonstige Verhinderung des Vermittlers
St.Gallen	628	39	224	286	4	46	34	29	1	1	138
Rorschach	268	28	85	122	-	21	16	12	4	-	23
Rheintal	426	43	123	236	4	16	5	4	-	-	1
Werdenberg-Sargans	398	67	112	191	2	23	3	3	-	-	5
Gaster-See	461	39	159	228	2	24	13	9	-	-	-
Ober-/Neutoggenburg	109	6	35	56	1	9	4	2	-	-	1
Altoggenburg-Wil.	409	73	136	149	1	31	22	19	-	-	-
Untertoggenburg-Gossau	426	84	134	153	1	16	42	38	2	-	-
	3125	379	1008	1421	15	186	139	116	7	1	168

7. Tätigkeit der Schlichtungsstellen

Gerichtskreis	Pendenzen	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Art der Erledigungen			Anderweitig	Pendente Begehren
				Keine Einigungen	Einigungen	Entscheid		
St.Gallen	22	296	318	104	58	17	93	46
Rorschach	27	100	127	29	24	12	44	18
Rheintal	13	163	176	73	29	6	55	13
Werdenberg-Sargans	11	107	118	53	18	9	22	16
Gaster-See	15	112	127	36	19	13	32	27
Ober-/Neutoggenburg	3	36	39	16	7	3	6	7
Altoggenburg-Wil.	19	99	118	44	8	8	28	30
Untertoggenburg-Gossau	7	165	172	48	23	25	68	8
Total	117	1078	1195	403	186	93	348	165

Das Kassationsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Tätigkeit des Kassationsgerichtes des Kantons St.Gallen im Jahr 2005 lässt sich Folgendes berichten:

1. Fälle

Dem Gericht lagen im Jahr 2005 vor:

im Jahr 2005 eingeschriebene Fälle	23
aus dem Jahr 2004 eingeschriebene Fälle	6
aus dem Jahr 2003 eingeschriebener Fall	<u>1</u>
Insgesamt	30

2. Erledigung und Pendenzen

Davon wurden

im Jahr 2005 erledigt	23
im Jahr 2005 nicht erledigt.	<u>7</u>
Insgesamt.	30

3. Pendenzen im Besonderen

Von den im Jahr 2005 nicht erledigten 7 Fällen wurde der letzte Mitte Januar 2006 mit Begründung versandt. Die 6 noch pendenten Fällen aus dem Jahr 2005 wurden erst gegen Ende 2005 eingeschrieben. Sie werden voraussichtlich bis Mitte 2006 erledigt. Der pendente Fall aus dem Jahr 2003 war bis im Herbst 2005 sistiert zufolge eines Konkursverfahrens gegen die beschwerdeführende Partei. Inzwischen wurde der Schriftenwechsel durchgeführt, so dass der Fall Anfang 2006 erledigt werden kann.

4. Erledigung im Besonderen

4.1. Die im Geschäftsjahr 2005 erledigten Fälle betrafen:

Entscheide der III. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	10
Entscheide des Handelsgerichtes	3
Entscheide des Handelsgerichtspräsidenten	6
Sachliche Zuständigkeit Handels-/Kreisgericht	3
Andere	<u>1</u>
Insgesamt.	23

4.2. *Diese Fälle wurden wie folgt erledigt:*

Beschwerde geschützt (ganz oder teilweise)	5	(21.7%)
Beschwerde abgewiesen (soweit eingetreten)	13	(56.5%)
auf Beschwerde nicht eingetreten	2	(8.7%)
Sachliche Zuständigkeit entschieden	3	(13.1%)
Insgesamt	<u>23</u>	

5. Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2005 hat die Anzahl der eingeschriebenen und der erledigten Fälle im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Im Jahr 2005 wurden 23 Fälle eingeschrieben gegenüber 16 Fällen im Vorjahr. Im Jahr 2005 wurden 23 Fälle erledigt gegenüber 13 Fällen im Vorjahr.

6. Prozessdauer

Die Prozessdauer betrug im Jahr 2005 vom Beschwerdeeingang bis zur Urteilsfällung im Durchschnitt 3.7 Monate, vom Beschwerdeeingang bis zur Versendung des begründeten Urteils 4.1 Monate (nicht berücksichtigt ist der sistierte Fall).

7. Rechtsmittel gegen Urteile des Kassationsgerichtes

Im Jahr 2005 wurde gegen 3 Urteile des Kassationsgerichtes staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht geführt. Zwei sind noch nicht entschieden, eine wurde teilweise geschützt. Die im Amtsbericht des Vorjahrs erwähnte, beim Bundesgericht damals hängige Beschwerde wurde abgewiesen.

St.Gallen, 12. Februar 2006

Der Kassationsgerichtspräsident:
Prof. Dr. iur. Reinhold Hotz

Das Verwaltungsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichtes, des Versicherungsgerichtes und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2005.

1. Verwaltungsgericht

a) Personelles

Auf das Ende der Amtsdauer 1999/2005 trat Robert Kuratli, St.Peterzell, von seinem Amt als Ersatzrichter zurück. Robert Kuratli gehörte seit 1987 dem Verwaltungsgericht an. Als Schätzungsexperte und Immobilienfachmann wurde er namentlich bei Streitigkeiten aus den Bereichen Grundstückschätzungen und Perimeter sowie aus ähnlichen Spezialgebieten beigezogen. Zu seinem Nachfolger wählte der Kantonsrat Paul Somm, Immobilien-Treuhänder, Gossau.

Auf Ende 2005 trat Verwaltungsgerichtspräsident Prof. Dr. Ulrich Cavelti aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung und der stetig ansteigenden Belastung des Gerichts als nebenamtlicher Bundesrichter zurück. Er war von der Vereinigten Bundesversammlung im Oktober 1990 gewählt worden und gehörte der II. öffentlichrechtlichen Abteilung des Bundesgerichtes an.

b) Geschäftslast

Im Berichtsjahr 2005 sind insgesamt 241 (Vorjahr 213) Fälle neu eingegangen, was einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 28 Fälle oder rund 13% bedeutet. Die Zahl der neu eingegangenen Fälle bewegt sich somit wieder auf einem ähnlich hohen Niveau wie 2003, als die bisher höchste Zahl von 248 Eingängen registriert wurde. Von den anfangs 2005 anhängigen 72 Fällen und den im Berichtsjahr neu eingegangenen 240 Beschwerden und einer Klage, gesamthaft also 313 Fällen, wurden im Jahr 2005 deren 245 erledigt, so dass die Zahl der hängigen Fälle per Ende 2005 noch 68 betrug. Von den 241 neu eingegangenen Fällen wurden im Berichtsjahr 186 erledigt; 58 weitere erledigte Fälle stammten aus dem Vorjahr und einer, der längere Zeit sistiert war, aus dem Jahr 2003.

Das Schwergewicht der behandelten Geschäfte lag wie bereits in den letzten Jahren beim Bau-, Planungs- und Umweltrecht mit 23 Fällen (Vorjahr 32), dem

Ausländerrecht mit 68 Fällen (Vorjahr 49) und dem öffentlichen Beschaffungswesen mit 48 Fällen (Vorjahr 27).

Weiterhin sehr hoch ist der Aufwand bei der Verfahrensleitung. Insgesamt wurden 45 (Vorjahr 43) Zwischenverfahren betreffend Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverteidigung oder um Gewährung der aufschiebenden Wirkung bzw. Erlass von vorsorglichen Massnahmen geführt, über die der Präsident im Rahmen einer separaten verfahrensleitenden Verfügung zu entscheiden hatte. Diese Zwischenverfahren und -entscheide sind in den nachfolgenden Statistiken nicht separat aufgeführt.

Bei allen als erledigt ausgewiesenen Fällen ist im Berichtsjahr das motivierte Urteil zugestellt worden. Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2005 (GVP) verwiesen. Dort werden 29 Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen veröffentlicht.

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Gang der Geschäfte:

Bezeichnung	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	16	23	39	23	16
Enteignung	1	2	3	2	1
Gewerbebewilligungen	1	3	4	4	–
Gebäudeversicherung	3	4	7	6	1
Sozialversicherung und Stipendien	4	5	9	6	3
Schätzung und Melioration	1	1	2	2	–
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben.	–	2	2	2	–
Staatssteuer natürlicher Personen.	3	11	14	9	5
Staatssteuer juristischer Personen.	2	–	2	2	–
Gemeindesteuern	–	–	–	–	–
Strassenrecht.	1	3	4	2	2
Öffentliches Dienstrecht	1	10	11	9	2
Verfahrensrecht.	3	12	15	14	1
Politische Rechte	–	4	4	3	1
Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern.	8	69	77	68	9
Lebensmittelpolizei	–	1	1	–	1
Straf- und Massnahmenvollzug.	1	2	3	2	1
Bildung und Erziehung	3	8	11	9	2
Sozialhilfe	–	3	3	3	–
Öffentliches Beschaffungswesen	6	50	56	48	8
Unentgeltliche Prozessführung.	1	22	23	22	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	13	1	14	4	10
Diverse.	4	5	9	5	4
Total	72	241	313	245	68

Von den 68 Ende 2005 anhängigen Streitsachen waren am Ende des Berichtsjahres deren 5 sistiert.

Über die Art der Geschäftserledigung gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Bezeichnung	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	
					ganz	teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	23	3	–	11	3	6
Enteignung	2	1	–	–	1	–
Gewerbebewilligungen	4	1	–	3	–	–
Gebäudeversicherung	6	–	–	4	–	2
Sozialversicherung und Stipendien	6	1	–	2	1	2
Schätzung und Melioration	2	2	–	–	–	–
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	2	–	–	–	–	2
Staatssteuer natürlicher Personen.	9	2	–	5	–	2
Staatssteuer juristischer Personen.	2	–	–	1	1	–
Gemeindesteuern	–	–	–	–	–	–
Strassenrecht.	2	–	–	1	1	–
Öffentliches Dienstrecht	9	3	1	4	1	–
Verfahrensrecht	14	2	3	6	2	1
Politische Rechte	3	–	–	2	–	1
Aufenthalt und Niederlassung von						
Ausländern	68	13	–	47	7	1
Lebensmittelpolizei	–	–	–	–	–	–
Straf- und Massnahmenvollzug.	2	–	1	1	–	–
Bildung und Erziehung	9	6	–	3	–	–
Sozialhilfe	3	1	–	2	–	–
Öffentliches Beschaffungswesen	48	37	–	2	9	–
Unentgeltliche Prozessführung	22	2	–	11	9	–
Öffentlich-rechtliche Klagen	4	–	2	1	–	1
Diverse.	5	1	–	1	2	1
Total	245	75	7	107	37	19

Von den 245 erledigten Fällen lagen 220 im Zuständigkeitsbereich des Gerichtes und 25 in jenem des Präsidenten als Einzelrichter. 75 Verfahren wurden durch Abschreibung erledigt, der überwiegende Teil davon infolge Rückzugs des Rechtsmittels oder Widerrufs der angefochtenen Verfügung. In neun Fällen erfolgte ein Rückzug bzw. ein Verzicht auf die Weiterführung einer Beschwerde im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens nach einem ablehnenden Entscheid des Präsidenten über die Gewährung der aufschiebenden Wirkung, aufgrund der nachträglichen Bekanntgabe der Entscheidungsgründe durch die Vergabebehörde im Rahmen der Beschwerdeantwort oder aufgrund eines Widerrufs des Zuschlags, weshalb auch diese Fälle ungeachtet des Verzichts auf einen Sachentscheid einen erheblichen Aufwand verursachten, der durchaus mit jenem vergleichbar ist, der für ein Sachurteil erforderlich ist. Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens fällt auf, dass die Behörden nach wie vor grosse Schwierigkeiten mit der Anwendung der seit nunmehr über sieben

Jahre geltenden Vorschriften haben. Verschiedene Beschwerden wurden gutgeheissen, weil Zuschlagsverfügungen keine hinreichende Begründung enthielten oder die Arbeitsvergebung nicht als behördliche Verfügung eröffnet, sondern als einfache Mitteilung einer mit der Submission beauftragten Unternehmung bekannt gegeben wurde. Dies schlug sich darin nieder, dass von den elf durch Sachurteil erledigten Beschwerden deren neun vollumfänglich gutgeheissen wurden, was im Vergleich zu den übrigen Rechtsgebieten eine weit überdurchschnittliche Erfolgsquote ist.

In der Kantonsverfassung ist der Grundsatz verankert, dass rasch und verlässlich Recht gesprochen wird (Art. 77 Abs. 3 KV). Die zügige Durchführung eines Verfahrens ist für die Beteiligten teils von erheblicher finanzieller Bedeutung. Dies gilt namentlich für Beschwerden im Bau-, Planungs- und Umweltrecht, da während eines hängigen Verfahrens Ungewissheit besteht, ob ein Bauvorhaben realisiert werden kann. Auch im Beschaffungsrecht ist die Verfahrensdauer von wirtschaftlicher Bedeutung, da bei Gewährung der aufschiebenden Wirkung die Beschaffungsvorhaben während des Prozesses blockiert sind. Sodann werden im Ausländerrecht mit kurzen Verfahrensdauern Anreize verhindert, Rechtsmittel gegen negativ lautende Entscheide allein deshalb einzureichen, weil während der Dauer des Verfahrens der Verbleib der Betroffenen in der Schweiz toleriert wird. Das Verwaltungsgericht hat über 85 Prozent aller Fälle spätestens innert sechs Monaten nach Eingang der Beschwerde oder Klage erledigt. Die Dauer der Verfahren vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Urteils (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten			
	bis 3	bis 6	bis 9	über 9
Beschwerden und Klagen	135	78	20	12

Gegen 37 Urteile des Verwaltungsgerichtes ist beim Bundesgericht Beschwerde erhoben worden. Im Berichtsjahr hat das Bundesgericht 34 hängige Beschwerden, davon 23 aus dem Berichtsjahr und 11 aus dem Vorjahr, entschieden, davon 32 durch Abweisung bzw. Nichteintreten und lediglich eine durch Gutheissung sowie eine weitere durch teilweise Gutheissung.

c) Verschiedenes

Bereits im letzten Amtsbericht wurde auf die öffentlich-rechtlichen Klagen hingewiesen, mit denen verschiedene Vereinigungen von Berufsangehörigen des Gesundheitswesens und Einzelpersonen Lohnforderungen gegen den Kanton aufgrund des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG, SR 151.1) geltend machen. Nach dem Abschluss des Schriftenwechsels fällt das Gericht anfang 2005 einen Beweisbeschluss und bestimmte den Experten für die Erstellung eines Gutachtens zur Arbeitsplatzbewertung. Gegen diesen Beweisbeschluss erhoben die Klägerinnen staatsrechtliche Beschwerde. Das

Bundesgericht hat diese am 21. Juli 2005 abgewiesen. In der Folge wurde der Gutachterauftrag erteilt und die Experteninstruktion durchgeführt. Das Gutachten wird voraussichtlich im Herbst 2006 vorliegen. Dies zeigt, dass die sehr komplexen und umfangreichen Verfahren einen erheblichen Zeitbedarf beanspruchen.

Im Berichtsjahr entschied das Bundesgericht einen weiteren Streitfall von grosser Bedeutung für den Kanton St.Gallen. Nach dem st.gallischen Steuergesetz wird bei der Einkommens- und Vermögenssteuer das Vollsplitting nur den Ehegatten gewährt, nicht aber den Alleinerziehenden. Diese erhalten stattdessen einen Einelternauszug von 10 Prozent des Reineinkommens, wenigstens Fr. 3000.– und höchstens Fr. 5000.–. Mit dem Urteil vom 6. Juli 2004 (B 2004/17, publiziert in www.gerichte.sg.ch) entschied das Verwaltungsgericht, dass diese Regelung gegen Art. 11 des Steuerharmonisierungsgesetzes des Bundes (StHG, SR 642.14) verstösst, weil diese verlangt, dass die Kantone den Alleinerziehenden die exakt gleiche steuerliche Ermässigung gewähren müssen wie den Verheirateten. Das kantonale Steueramt focht diesen Entscheid beim Bundesgericht an. Dieses hat die Beschwerde am 26. Oktober 2005 abgewiesen (Urteil 2A.471/2004). Die Regierung hat in der Folge eine notrechtliche Verordnung erlassen, um das kantonale Steuergesetz diesen Vorgaben anzupassen. In verschiedenen Medien wurde der Inhalt des Urteils des Verwaltungsgerichtes, welches vom Bundesgericht bestätigt wurde, indessen völlig sachwidrig kommentiert. Nicht die Lösung des St.Galler Steuergesetzes ist verfassungswidrig, sondern das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG). Dieses Bundesgesetz verletzt nach den Feststellungen in beiden Urteilen in doppelter Hinsicht die Bundesverfassung: Es respektiert formell nicht die kantonale Hoheit in Tariffragen und verstösst materiell gegen die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, indem die Alleinerziehenden privilegiert und die Verheirateten diskriminiert werden. Da Bundesgesetze aber nicht auf die Verfassungsmässigkeit überprüft werden können und gleichzeitig dem kantonalen Recht vorgehen, musste die verfassungskonforme St.Galler-Lösung dem verfassungswidrigen Bundesgesetz angepasst werden. Entgegen den Darstellungen in der Tagespresse liegt also keine sachwidrige Steuerbelastung der Alleinerziehenden vor, sondern eine ungerechtfertigte Begünstigung im Verhältnis zu den Verheirateten.

Ausserdem hat das Verwaltungsgericht am 6. Dezember 2005 ein grundlegendes Urteil zum Einbürgerungsverfahren gefällt. Es entschied, Einbürgerungsentscheide seien aufgrund der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtes Verwaltungsakte bzw. Verfügungen, die dem Willkürverbot und dem Diskriminierungsverbot nach Art. 8 Abs. 2 und Art. 9 BV unterliegen und Einbürgerungsgesuchstellern Anspruch auf rechtliches Gehör sowie auf Begründung des Entscheids geben. Eine ungenügende Begründung eines Einbürgerungsentscheides kann daher mit Kassationsbeschwerde nach Art. 243 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) gerügt werden. Die Anforderungen an die

Begründungsdichte eines Einbürgerungsentscheides sind aber aufgrund des Spannungsverhältnisses zwischen dem Anspruch eines Gesuchstellers auf eine Begründung und den direktdemokratischen Rechten der Stimmbürger weit weniger hoch als bei Entscheiden von Rechtsmittelbehörden oder Gerichten. Die ablehnenden Entscheide der Bürgerversammlung von Rheineck vom 25. März 2005 waren aber mit dem stereotypen Hinweis auf eine mangelnde Beteiligung am Städtlileben dennoch mangelhaft begründet; allerdings lag keine Diskriminierung der Gesuchsteller vor. Diese hätten zudem Anspruch auf Beteiligung am Kassationsbeschwerdeverfahren gehabt. Im Ergebnis hat das Departement des Innern die ablehnenden Entscheide zu Recht wegen mangelhafter Begründung aufgehoben; die Angelegenheit wurde vom Verwaltungsgericht aber zur Beteiligung der Gesuchsteller am Verfahren an das Departement zurückgewiesen.

d) Aufsicht über Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission

Die Regierung hat am 11. Januar 2005 eine neue Verordnung über die Organisation des Versicherungsgerichtes (sGS 941.114) erlassen. Damit wurde die Professionalisierung des Versicherungsgerichtes umgesetzt, indem die Zahl der nebenamtlichen Richter von 24 auf höchstens noch sechs reduziert wurde und am Versicherungsgericht schwergewichtig nur noch fest angestellte Richterinnen und Richter tätig sind. Diese Änderung der Gerichtsstruktur, die in vergleichbaren und grösseren Kantonen bereits seit längerer Zeit Standard ist und sich aufgrund der hohen fachlichen Spezialisierung insbesondere auch aus Qualitätsgründen immer stärker aufdrängte, hat gegenüber der früheren Struktur auch eine nachhaltige Kostenersparnis zur Folge.

2. Versicherungsgericht

a) Allgemeines

Mit Beginn der Amtsdauer 2005/2011 trat die Neuorganisation des Gerichts in Kraft. Anstelle von zeitweise über 25 nebenamtlichen Richterinnen und Richtern arbeiten seit 1. Juni 2005 neben den drei hauptamtlichen nur noch sechs nebenamtliche Richterinnen und Richter mit einem festen Arbeitspensum von wenigstens 40% am Versicherungsgericht. Mit dieser Professionalisierung soll den steigenden Ansprüchen an die Rechtsprechung und Rechtsfindung in den stark spezialisierten Rechtsgebieten Rechnung getragen werden (vgl. dazu auch Amtsbericht 2004 des Verwaltungsgerichtes, Ziff. 1 Abs. d). Erste Erfahrungen mit der neuen Organisation zeigen, dass sich diese bewährt.

b) Geschäftslast

Die Neueingänge sind mit 635 Fällen gegenüber dem Vorjahr (577) weiter angestiegen. Sie haben nach dem Tiefstand von 2003 (513) die mittelfristig erwartete Zahl von rund 700 Fällen noch nicht ganz erreicht. Die Zunahme betrifft vor allem den Bereich der Invalidenversicherung, wo gegenüber dem Vorjahr rund ein Drittel mehr Fälle eingegangen sind. Die Abschaffung des erst auf den 1. Januar 2003 eingeführten Einspracheverfahrens mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung vom 16. Dezember 2005 («Verfahrensstraffung in der Invalidenversicherung») dürfte diese Zahl in absehbarer Zukunft noch weiter ansteigen lassen. Unverändert hoch blieben die Eingänge im Berichtsjahr im Bereich der Unfallversicherung und der beruflichen Vorsorge. Nochmals leicht zurückgegangen sind die Neueingänge im Bereich der Arbeitslosenversicherung (-3,5%). Ende 2005 waren 413 Fälle pendent. Spruchreif, d.h. bereit für Referatserstellung oder bereits zum Referat zugeteilt, waren davon am Jahresende 202 Fälle; 178 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium, und 33 Fälle waren sistiert. Im Verhältnis zu den Erledigungen (541) entsprechen die Pendenzen 76,3 % der während des Berichtsjahres erledigten Fälle bzw. einem Arbeitspensum von 9,2 Monaten. Die Verfahrensdauer ab Einschreibung betrug wiederum in beinahe 90% der erledigten Fälle ein Jahr oder weniger. 76% aller erledigten Fälle wurden innerhalb von 9 Monaten ab Einschreibung erledigt.

Im Berichtsjahr wurden 107 Entscheide (19,8%) an das Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG) weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das EVG 100 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Entscheide unseres Gerichtes aus den Jahren 2001 bis 2005 beurteilt. Davon wurden 2 abgeschrieben, 7 durch Nichteintreten erledigt, 63 abgewiesen (63%; Vorjahr: 57%), 12 teilweise (12%; Vorjahr 9,4%) und 16 vollumfänglich (16%; Vorjahr 25%) gutgeheissen. Die Gutheissungen verteilen sich dabei auf ziemlich alle involvierten Rechtsgebiete.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss:

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vorperioden	Eingänge	Pendenzen insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	andere Erledigungen*	Erledigungen	Pendenzen
AHV	14	42	56	22	12	–	34	22
Schadenersatzklagen AHV	–	–	–	–	–	–	–	–
Erwerbsersatzordnung . .	–	–	–	–	–	–	–	–
Familienzulagen	–	–	–	–	–	–	–	–
Kinderzulagen	5	9	14	6	5	–	11	3
Alimentenbevorschussung	1	4	5	4	–	–	4	1
Mutterschaftsbeiträge . . .	–	–	–	–	–	–	–	–
Opferhilfe	1	5	6	3	–	–	3	3
Arbeitslosenversicherung	72	171	243	93	50	–	143	100
<i>Total Abteilung I</i>	<i>93</i>	<i>231</i>	<i>324</i>	<i>128</i>	<i>67</i>	<i>–</i>	<i>195</i>	<i>129</i>
Invalidenversicherung . . .	67	175	242	105	25	–	130	112
Hilfsmittel AHV	1	1	2	1	1	–	2	–
Ergänzungsleistungen . . .	21	47	68	23	12	–	35	33
a.o. Ergänzungsleistungen	1	4	5	4	–	–	4	1
<i>Total Abteilung II</i>	<i>90</i>	<i>227</i>	<i>317</i>	<i>133</i>	<i>38</i>	<i>–</i>	<i>171</i>	<i>146</i>
Krankenversicherung (Bund)	23	32	55	27	8	–	35	20
Krankenversicherung (Kanton)	8	9	17	11	3	–	14	3
Unfallversicherung	73	96	169	80	9	–	89	80
Militärversicherung	1	2	3	1	–	–	1	2
Berufliche Vorsorge	21	34	55	19	9	–	29	26
<i>Total Abteilung III</i>	<i>126</i>	<i>173</i>	<i>299</i>	<i>138</i>	<i>29</i>	<i>–</i>	<i>168</i>	<i>131</i>
Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung	10	4	14	4	3	–	7	7
Total	319	635	954	403	137	–	541	413

* Verfahrensvereinigung u.Ä.

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenspruch	Vorsorgeausgleich	Andere Erledigung
AHV	34	–	1	9	21	2	1	–	–
Schadenersatzklagen AHV	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erwerbsersatzordnung . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Familienzulagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kinderzulagen	11	1	–	3	5	2	–	–	–
Alimentenbevorschussung	4	1	3	–	–	–	–	–	–
Mutterschaftsbeiträge . . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Opferhilfe	3	–	–	2	1	–	–	–	–
Arbeitslosenversicherung	143	7	29	36	65	6	–	–	–
<i>Total Abteilung I</i>	<i>195</i>	<i>9</i>	<i>33</i>	<i>50</i>	<i>92</i>	<i>10</i>	<i>1</i>	<i>–</i>	<i>–</i>
Invalidenversicherung . . .	130	4	33	34	45	12	2	–	–
Hilfsmittel AHV	2	–	–	1	–	1	–	–	–
Ergänzungsleistungen . . .	35	4	5	8	13	3	2	–	–
a.o. Ergänzungsleistungen	4	–	1	1	2	–	–	–	–
<i>Total Abteilung II</i>	<i>171</i>	<i>8</i>	<i>39</i>	<i>44</i>	<i>60</i>	<i>16</i>	<i>4</i>	<i>–</i>	<i>–</i>
Krankenversicherung (Bund)	35	–	8	10	14	2	1	–	–
Krankenversicherung (Kanton)	14	–	3	–	8	3	–	–	–
Unfallversicherung	89	1	4	19	56	8	1	–	–
Militärversicherung	1	–	–	–	1	–	–	–	–
Berufliche Vorsorge	29	3	11	4	4	4	1	2	–
<i>Total Abteilung III</i>	<i>168</i>	<i>4</i>	<i>26</i>	<i>33</i>	<i>83</i>	<i>17</i>	<i>3</i>	<i>2</i>	<i>–</i>
Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invaliden- versicherung	7	–	3	–	1	3	–	–	–
Total	541	21	101	127	236	46	8	2	–

3. Verwaltungsrekurskommission

a) *Personelles*

Auf das Ende der Amtsdauer am 31. Mai 2005 traten Dr.iur. Regula Lanz-Baur und lic.oec. et lic.iur. Richard Ritter, die seit Juli 1988 bzw. seit Januar 1980 Mitglied der Verwaltungsrekurskommission waren und insbesondere die Rechtsprechung zum Steuerrecht bzw. zum Strassenverkehrsrecht massgebend mitprägten, zurück. Da die Zahl der nebenamtlichen Richter mit dem am 1. Oktober 2004 in Kraft getretenen IV. Nachtrag zur Verordnung über die Organisation der Verwaltungsrekurskommission von acht auf sechs reduziert worden war, wurden sie nicht ersetzt. Auch wurden die als Fachrichter der Abteilung II zurücktretenden Johannes Eggenberger, Ing. Agr. ETH, und Felix Widmer, dipl. Architekt HTL, nicht ersetzt. An die Stelle der als Fachrichterin und Fachrichter der Abteilung V zurücktretenden Dr.med. Samuel Bloch, Spezialarzt FMH für Neurologie, Roman Gemperli, Amtsvormund, Gabriela Hutter, Sozialpädagogin, lic.iur. Marie-Theres Rüegg Haltinner, Vizepräsidentin des Versicherungsgerichtes des Kantons St.Gallen, und Kaspar Sprenger, Abteilungsleiter Amt für Soziales, wurden Rolf Bächle, ehemaliger Amtsvormund der Stadt St.Gallen, lic.iur. Myrjam Cabernard, Kantonsgerichtsschreiberin, Heinz Erismann, Leiter Sozial- und Vormundschaftsamt Uzwil, Niklaus Rütsche, Abteilungsleiter Vormundschaftsamt St.Gallen, und lic.phil. Lisa Senti Ackermann, Psychologin FSP, gewählt.

b) *Geschäftslast*

Zu den Ende 2004 pendenten 160 (274) Fällen sind im Berichtsjahr 581 (630) Neueingänge hinzugekommen. Davon betrafen 283 (293) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 128 (183) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht) und 133 (115) die fürsorgliche Freiheitsentziehung sowie vormundschaftliche Massnahmen. Die restlichen 37 (39) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen in die Zuständigkeit der Verwaltungsrekurskommission fallenden Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission hat im Berichtsjahr 63 (61) Parteiverhandlungen und 12 (15) Einigungsverhandlungen und Augenscheine durchgeführt. In 14 (14) Fällen konnte zwischen den Beteiligten ein Vergleich herbeigeführt werden. An 85 (77) Sitzungen wurden 156 (209) Rekurse und Beschwerden sowie 58 (42) öffentlich-rechtliche Klagen durch Entscheid erledigt. 8 (12) Gerichtsentseide ergingen auf dem Zirkulationsweg. 270 (414) Rekurse und Beschwerden sowie 74 (67) Klagen konnten durch Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheid erledigt werden. Ausserdem wurden 37 (41) Begehren um unentgeltliche Prozessführung, Fristenwiederherstellung und aufschiebende Wirkung behandelt.

Insgesamt konnten 566 (744) Fälle erledigt werden. Damit erhöhte sich die Zahl der pendenten Fälle per Ende 2005 gegenüber Ende 2004 um 15 auf 175 (160). Von den 175 Pendenzen wurden 168 im Jahr 2005, 4 im Jahr 2004 und 2 im Jahr 2003 eingeschrieben. 1 Streitsache wurde im Jahr 2001 eingeschrieben. In diesem Fall ist ein Strafverfahren hängig, dessen Ausgang für den Entscheid über eine Administrativmassnahme abgewartet wird. 29 (19) Streitsachen sind sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Verwaltungsrekurskommission - Übersicht über die im Jahre 2005 behandelten Rekurse, Beschwerden und Klagen

	Am 1. Jan. 2005 übernommen	Neu- eingänge 2005	Total	Erledigung durch		Am 31. Dez. 2005 noch anhängig	Weiter- züge
				Gericht	Präsident		
<i>Abteilung I</i>							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	94	241	335	91	135	109	14
2. Kammer	11	42	53	16	24	13	1
<i>Abteilung II</i>							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	2	8	10	–	3	7	–
2. Kammer	4	16	20	5	12	3	4
3. Kammer	2	6	8	1	3	4	–
<i>Abteilung III</i>							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	2	7	9	4	3	2	1
<i>Abteilung IV</i>							
(Verkehr)							
	31	128	159	43	90	26	2
<i>Abteilung V</i>							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen) . . .							
	14	133	147	62	74	11	10
	160	581	741	222	344	175	32

c) *Art der Erledigung und Dauer der Verfahren*

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

	Ins- gesamt	Abschrei- bung	Nicht- eintreten	Ab- weisung	Guttheissung ganz	Guttheissung teilweise	Rück- weisung
<i>Abteilung I</i>							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	226	132	6	36	16	28	8
2. Kammer	40	24	1	7	4	4	–
<i>Abteilung II</i>							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	3	3	–	–	–	–	–
2. Kammer	17	12	–	3	–	2	–
3. Kammer	4	3	–	1	–	–	–
<i>Abteilung III</i>							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	7	3	1	2	1	–	–
<i>Abteilung IV</i>							
(Verkehr)							
	133	75	1	43	3	8	3
<i>Abteilung V</i>							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen) . . .							
	136	74	2	53	5	1	1
Total	566	326	11	145	29	43	12

Die Verfahrensdauer der 566 behandelten Streitsachen vom Eingang bis zur Erledigung, abzüglich der Dauer von Sistierungen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten					
	bis 1	bis 3	bis 6	bis 9	bis 12	über 12
Rekurse, Beschwerden, Klagen	240	133	76	64	43	10

d) Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

Im Berichtsjahr gingen 107 (145) Fälle ein, 5 (2) Fälle wurden aus dem Vorjahr übernommen. Davon wurden 111 erledigt. 2 (6) Verfahren konnten abgeschlossen werden. In 108 (130) Fällen fand eine öffentliche Verhandlung zur Überprüfung der Ausschaffungs- oder Vorbereitungshaft statt. In 96 (122) Fällen wurde die Haft ganz, in 7 (5) Fällen teilweise bestätigt. In 5 (3) Fällen wurde die Haft aufgehoben. 1 (5) Beschwerde betraf eine Eingrenzung. Sie wurde abgewiesen. Ein Verfahren betreffend Haftüberprüfung war Ende Jahr pendent. Gegen 2 die Haft bestätigende Entscheide erhoben die Betroffenen Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht. Beide Beschwerden wurden abgewiesen.

St.Gallen, 8. Februar 2006

Im Namen des Verwaltungsgerichtes,
 Der Präsident:
 Prof. Dr. Ulrich Cavelti